

Insolvenzen in Europa

■ Jahr 2005/06

Eine Untersuchung
der Creditreform
Wirtschaftsforschung


Creditreform

INHALT

SEITE

1	Einleitung	1
2	Insolvenzen in Westeuropa im Jahre 2005	1
2.1	Unternehmensinsolvenzen	1
2.2	Privatverschuldung	6
3	Insolvenzen in Deutschland	9
4	Die Finanzierung	10
5	Konjunktur und Insolvenzen	14
6	Länderberichte	17
6.1	Großbritannien	17
6.2	Italien	18
6.3	Spanien	19
6.4	Frankreich	19
7	EU-Osterweiterung: Neue Mitgliedsländer	20
8	Insolvenzen in Japan und den USA	23
8.1	Japan	23
8.2	USA	24
9	Zusammenfassung	26

Verzeichnis der Informationsquellen

■ 1 Einleitung

Die Weltwirtschaft befindet sich nach wie vor in einer Phase regen Wachstums, das Tempo allerdings kühlt sich ab. Die Zunahme der Produktion schwächte sich von fünf Prozent (2004) auf etwa vier Prozent in 2005 ab, die des Welthandels von acht auf sieben Prozent.

Die Wirtschaft des Euro-Raums wuchs im vergangenen Jahr um etwa zwei Prozent. Im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten, denen eine leichte Abschwächung des Wirtschaftswachstums prognostiziert wird (von etwa 3,6 auf 3,4 Prozent), holt der Euro-Raum auf. In sechs der zwölf Euro-Staaten beschleunigte sich das Wachstum, was die Breite der Erholung anzeigt.

Auf die Binnennachfrage hat sich der außenwirtschaftliche Schub bislang nur teilweise ausgewirkt. Im Sommerhalbjahr 2005 zogen die Bruttoanlageinvestitionen an, getrieben von steigenden Ausrüstungsinvestitionen der Unternehmen. Die europäische Industrie befindet sich in einer deutlichen Erholung, die aber nur zögerlich vorankommt. Nicht übersehen werden darf zudem, dass die Wirtschaft in den wichtigen Euro-Staaten von sehr unterschiedlichen Kräften gezogen wurde: Während Deutschland überwiegend am Tropf des Exports hing und hängt, stützte sich das Wachstum in Frankreich und Spanien auf eine rege Konsumnachfrage und Bautätigkeit.

In dem Gefüge aus Konjunktur, Finanzierung und unterschiedlichen gesetzgeberischen Modalitäten präsentiert Creditreform – bereits zum 16. Mal – die Analyse zur Unternehmensstabilität und zum Insolvenzgeschehen in Europa.

■ 2 Insolvenzen in Westeuropa im Jahre 2005

2.1 Unternehmensinsolvenzen

Die Unternehmensinsolvenzen der EU-17 Staaten verzeichnen einen Rückgang um 2,0 Prozentpunkte auf insgesamt 147.239 betroffene Betriebe. Im Jahr zuvor waren noch knapp über 150.000 Konkurse zu beklagen (150.312).

Europa wächst wieder

Zum ersten Mal seit vier Jahren wird für die Unternehmensinsolvenzen in Europa eine rückläufige Entwicklung registriert – die Zahlen liegen nur knapp über dem Wert des Jahres 2002 – damals waren lediglich 146.438 Konkurse zu zählen.

**Tab. 1: Unternehmensinsolvenzen in Westeuropa
(2002 – 2005)**

■	2005	2004	2003	2002	Veränderung 2004/05 in Prozent
Belgien	7.790	7.836	7.593	7.222	- 0,6
Dänemark	2.423	2.620	2.506	2.469	- 7,5
Deutschland	37.900	39.270	39.470	37.620	- 3,5
Finnland	2.134	2.385	2.769	2.885	- 10,5
Frankreich	42.874	40.776	38.296	37.987	+ 5,1
Griechenland	640	577	480	489	+ 10,9
Großbritannien	10.344	12.813	14.815	17.094	- 19,3
Irland	252	321	346	379	- 21,5
Italien	11.000	10.700	10.463	10.683	+ 2,8
Luxemburg	668	665	655	695	+ 0,5
Niederlande	6.274	6.648	6.386	6.489	- 5,6
Norwegen	2.293	2.683	3.084	2.603	- 14,5
Österreich	7.299	6.328	5.643	5.281	+ 15,3
Portugal	3.300	3.123	2.980	2.092	+ 5,7
Schweden	6.748	7.649	8.237	7.819	- 11,8
Schweiz	4.751	4.955	4.539	4.002	- 4,1
Spanien	549	561	646	629	- 2,1
Gesamt	147.239	150.312	148.908	146.438	- 2,0

Sechs der betrachteten 17 westeuropäischen Länder verzeichnen eine Zunahme der Unternehmensinsolvenzen, allen voran Österreich, das ein Plus von 15,3 Prozent zu verkräften und insgesamt 7.299 Konkurse zu beklagen hat. Hinzu kommt, dass mehr als jeder zweite Konkurs (52,4 Prozent) mangels Masse abgewiesen werden musste. In solchen Fällen können die Gläubiger davon ausgehen, einen kompletten Forderungsausfall zu erleiden. Betroffen vom All-time-high der Unternehmenspleiten in Österreich sind rund 25.000 Arbeitnehmer, das Schadensvolumen blieb im Vergleich so hoch wie im Vorjahr (2,3 Mrd. Euro), was auf das Ausbleiben von Großinsolvenzen im Jahr 2005

zurückzuführen ist – auch in Österreich sind Insolvenzen vornehmlich ein Problem mittelständischer Betriebe. Im Herbst 2005 befragte Creditreform gut 1.700 österreichische Betriebe nach ihrem Befinden und den nahen Zukunftsaussichten. Die Ergebnisse decken sich weitgehend mit der veranschlagten Zahl der Zusammenbrüche: Ihre aktuelle Geschäftslage beurteilten 46,1 Prozent der Befragten mit sehr gut oder gut, was einem Rückgang von 9,7 Prozentpunkten im Jahresverlauf entspricht. Knapp jedes vierte Unternehmen (19,8 Prozent; Vorjahr: 14,9 Prozent) musste Umsatzeinbußen verkraften. Verschlechtert hat sich auch die Eigenkapitalsituation im österreichischen Mittelstand: Aktuell verfügen lediglich 27,1 Prozent der Unternehmen über eine stabile Eigenkapitaldecke von mehr als 30 Prozent im Verhältnis zur Bilanzsumme – 2004 waren es noch 31,2 Prozent. Und 31,2 Prozent der befragten Unternehmen sind mit weniger als 10 Prozent haftendem Eigenkapital ausgestattet und damit unterkapitalisiert (Vorjahr: 27,4 Prozent).

Umbrüche und steigende Insolvenzen

Insolvenzzuwächse im zweistelligen Bereich meldet auch Griechenland: Um 10,9 Prozent auf insgesamt 640 Insolvenzen stieg das Konkursaufkommen im Jahresverlauf. Die griechische Wirtschaft befindet sich seit mehreren Jahren in einem durch starkes Wachstum und Modernisierung geprägten Umbruch, der die Annäherung an den europäischen Leistungsdurchschnitt zum Ziel hat. Dabei wandelt sich die griechische Wirtschaft immer mehr von einer ursprünglich stark landwirtschaftlich ausgerichteten hin zu einer Handels- und Dienstleistungsgesellschaft. Dieser Prozess geht einher mit steigenden Insolvenzen.

Steigende Unternehmensinsolvenzen verzeichnen weiterhin die Länder Portugal (um 5,7 Prozent auf insgesamt 3.300 Konkurse), Frankreich (um 5,1 Prozent auf 42.874 Konkurse) sowie Italien (plus 2,8 Prozent auf 11.000 Konkurse) und Luxemburg (plus 0,5 Prozent auf 668 Konkurse).

Den deutlichsten Rückgang der Unternehmensinsolvenzen meldet Irland: Um 21,5 Prozent ging die Zahl der Unternehmenszusammenbrüche auf insgesamt

252 betroffene Firmen zurück. Zum Vergleich: Die Stadt Mülheim an der Ruhr verzeichnete im Jahr 2005 240 Unternehmensinsolvenzen. Irlands kleine offene Volkswirtschaft hat weltweit von der Globalisierung mit am meisten profitiert (ifo). Die wirtschaftliche Entwicklung war in den vergangenen Jahren durch hohe Wachstumsraten und einen starken Rückgang der Arbeitslosigkeit geprägt – für 2005 wird eine Arbeitslosenquote von 4,2 Prozent erwartet.

Auf Platz zwei und drei der Länder mit den höchsten Rückgängen an Insolvenzen liegen Großbritannien und Norwegen. Großbritannien verzeichnet bereits seit vier Jahren eine stetige Abnahme der Unternehmensinsolvenzen und registriert nur noch 10.344 Konkurse, was einem Rückgang von 19,3 Prozent im Jahresverlauf entspricht. Norwegen meldet seit 2004 rückläufige Konkurszahlen – lag das Insolvenzaufkommen im Jahr 2003 noch bei über 3.000 betroffenen Firmen, sind es aktuell noch 2.293 Betriebe, die unfreiwillig ihre Pforten schließen mussten. Das entspricht einem Rückgang von 14,5 Prozent (2004: 2.683 Insolvenzen).

Stabilisierung in Großbritannien

Den größten Anteil am Insolvenzgeschehen insgesamt stellt bereits das zweite Jahr in Folge Frankreich: Insgesamt 42.874 Unternehmensinsolvenzen waren hier zu zählen, was einer Zunahme von 5,1 Prozent im Jahresverlauf entspricht. 2003 noch lag Deutschland mit knapp 40.000 Konkursen an der Spitze des europäischen Insolvenzgeschehens, verzeichnet seit dem aber eine leicht rückläufige Insolvenzentwicklung auf aktuell 37.900 betroffene Betriebe (-3,5 Prozent im Vergleich zu 2004).

Tab. 2: Insolvenzquoten in den einzelnen westeuropäischen Ländern

■	Insolvenzen je 10.000 Unternehmen
Spanien	2
Griechenland	8
Irland	26
Italien	26
Portugal	26
Großbritannien	66
Norwegen	72
Finnland	88
Belgien	112
Schweden	127
Niederlande	129
Deutschland	130
Dänemark	132
Schweiz	155
Frankreich	167
Luxemburg	252
Österreich	288
Gesamt	77

Die relative Insolvenz betroffenheit der einzelnen Länder erhält man, wenn man die Zahl der Insolvenzen zur Zahl der existierenden Unternehmen in Bezug setzt. Traditionell liegt Spanien mit lediglich zwei Insolvenzen pro 10.000 Unternehmen an der Spitze des westeuropäischen Insolvenzrankings, was aber – wie bereits in den vorangegangenen Analysen erläutert wurde – weniger auf eine florierende Wirtschaft zurückgeführt werden kann, als vielmehr auf rechtliche Besonderheiten. Trotz einer umfassenden Reformierung des spanischen Insolvenzrechts im September 2004 ist der geregelte Marktaustritt vor allem kleiner Kapitalgesellschaften noch nicht in Schwung gekommen. Vor der Reformierung lohnte sich ein teures und aufwändiges Abwicklungsverfahren oftmals nicht, und so blieb eine Vielzahl von Unternehmensruinen in den Registern stehen. Von der Einführung des neuen spanischen Insolvenzrechts erhoffte man sich effektivere Abwicklungsmechanismen – ob sich diese tatsächlich etablieren werden, bleibt abzuwarten.

Überlebenschancen der Unternehmen

Am unteren Ende der Skala liegt Österreich – hier hat man nicht nur den größten Zuwachs an Unternehmensinsolvenzen zu verkräften, sondern auch relativ betrachtet die meisten Konkurse: Von 10.000 Unternehmen in Österreich mussten 2005 288 Konkurs anmelden. Zum Vergleich: Die durchschnittliche Insolvenzbetroffenheit der westlichen EU-17 Länder liegt bei 77. Im Jahr 2004 waren es noch 81 Insolvenzen pro 10.000 Unternehmen. Deutschland rangiert mit 130 Insolvenzen pro 10.000 Unternehmen im unteren Mittelfeld der Aufstellung.

Die Europäische Union hatte bewusst auf die Einführung eines einheitlichen Insolvenzgesetzes verzichtet. Die „Europäische Verordnung über Insolvenzverfahren“ (EuInsVO) regelt das Verhältnis von Insolvenzverfahren innerhalb der EU-Staaten, schafft jedoch kein einheitliches materielles Insolvenzrecht, sondern nur EU-vereinheitlichende Kollisionsregeln. Der Europäische Gerichtshof hat jetzt erstmals ein Urteil zur Auslegung über Insolvenzverfahren mit grenzüberschreitender Wirkung erlassen und damit die betroffenen Gläubiger gestärkt. Er stellte fest, dass für die Entscheidung über die Eröffnung eines Verfahrens allein das Gericht zuständig sei, bei dem der Antrag gestellt wurde, auch dann, wenn der Schuldner seinen Lebensmittelpunkt noch vor der Verfahrenseröffnung in einen anderen Mitgliedsstaat verlegt habe. Nur auf diese Weise könne den betroffenen Gläubigern eine höhere Rechtssicherheit gewährleistet werden. Die EUInsVO wolle aber gerade verhindern, dass Vermögensgegenstände oder Rechtsstreitigkeiten zu Gunsten des Schuldners von einem Mitgliedsstaat in den anderen verlagert würden. Nicht zuletzt seien Gläubiger anderenfalls gezwungen, den Schuldner überall dorthin zu verfolgen, wo er sich gerade aufhalte.

Noch kein europäisches Insolvenzrecht

2.2 Privatverschuldung

Nicht jedes Insolvenzrecht der betrachteten Länder bietet für Privatpersonen die Möglichkeit, sich dauerhaft ihrer Schulden zu entledigen und einen Neuanfang zu starten. Deutschland führte das Verbraucherinsolvenzverfahren mit Restschuldbefreiung im Jahre

1999 ein. Seitdem steht das Verfahren in dauernder Kritik und wird als zu teuer, aufwändig und gläubigerfeindlich gerügt. Nach einer Reform im Jahr 2001, die zu einem bislang ungebrochenen, massiven Anstieg der Anträge führte, soll es nun erneut umfassende Änderungen geben.

Künftig soll danach unterschieden werden, ob der Schuldner seinen Gläubigern eine Quote anbieten kann oder nicht. Schuldner, die über ein pfändbares Einkommen und/oder Vermögen verfügen, das für die Befriedigung der Gläubiger eingesetzt werden kann, sollen weiterhin ein Insolvenzverfahren durchlaufen und die Restschuldbefreiung erlangen können. Voraussichtlich soll die Länge der Wohlverhaltensperiode von der Höhe der Quote abhängen, um einen Anreiz für Schuldner zu schaffen. Bei einer Gläubigerbefriedigungsquote von 20 Prozent soll sich die Wohlverhaltensperiode auf vier Jahre reduzieren, und bei 40 Prozent sogar auf zwei Jahre.

Schuldner in die Pflicht nehmen

In den übrigen Fällen, wenn also der Schuldner noch nicht einmal die Verfahrenskosten aufbringen kann, soll kein Insolvenzverfahren mehr durchgeführt werden. Diese Schuldner sollen nach der zu erwartenden Gesetzesänderung ein so genanntes „Entschuldungsverfahren“ durchlaufen. Dieses Verfahren soll ein gewisses „Lästigkeitspotenzial“ für die Betroffenen entfalten, um sie zu motivieren, möglichst ein Restschuldbefreiungsverfahren anzustreben. Zwangsvollstreckungen etwa bleiben im Entschuldungsverfahren uneingeschränkt möglich. Die Laufzeit des Entschuldungsverfahrens soll acht Jahre betragen, im Gegensatz zu bisher sechs Jahren. Auch soll der Schuldner nur von solchen Forderungen befreit werden, die er selbst angegeben hat.

Im Jahr 2005 kratzte die Summe der Privatinsolvenzanträge in Deutschland an der Hunderttausend-Marke: Insgesamt 98.400 Anträge liefen bei den Gerichten auf, was einem Anstieg von 24,6 Prozent entspricht (Vorjahr: 78.990). Geht man – wie das Bundesjustizministerium – davon aus, dass mindestens 3,1 Millionen Haushalte in Deutschland als überschuldet gelten,

ist ein Ende der Privatpersoneninsolvenzen auch in Zukunft nicht absehbar.

Tab. 3: Privatinsolvenzen in Europa

■	2005	2004	Veränderung 2004/05 in Prozent
Deutschland	98.400	78.990	+ 24,6
Großbritannien	64.556	48.105	+ 34,2
Niederlande	3.311	2.611	+ 26,8
Norwegen	1.540	1.614	- 4,6
Österreich	6.300	5.627	+ 12,0
Schweden	424	406	+ 4,4
Schweiz	5.469	5.714	- 4,3
Gesamt	180.000	143.067	+ 25,8

Allerdings befindet sich Deutschland in guter Gesellschaft: In Großbritannien verzeichnen die Privatpersoneninsolvenzen einen noch stärkeren Anstieg (um 34,2 Prozent auf 64.556 Anträge stiegen die Insolvenzen von Privatpersonen auf der Insel) und liegen damit etwa 30 Prozent höher als während der Rezession Anfang der neunziger Jahre. Die britischen Haushalte sind so hoch verschuldet wie noch nie. Bereits im Juni 2005 hatte die Bank von England gewarnt, dass die Ausleihungen an die privaten Haushalte auf das Jahr gerechnet mittlerweile auf 150 Prozent des verfügbaren Einkommens gestiegen sind. Es gibt mehrere Faktoren, die zu einer Ausweitung der privaten Verschuldung geführt haben: Seit die Bank von England in die Unabhängigkeit entlassen wurde, ist die Zeit extremer Konjunktur- und Zinsauschläge vorbei. Im Vergleich zu früheren Zeiten bedeuten niedrige Nominal- und Realzinsen günstige Kreditkonditionen. Die Arbeitslosigkeit ist gesunken, der Lebensstandard der Briten gestiegen. Dies hat Verbraucher dazu verleitet, sich höher zu verschulden und es hat Banken veranlasst, ihren Kunden mehr Kreditkarten und unbesicherte Kredite zu gewähren. Während sich die Verschuldung der Briten ausweitete, sank die Sparquote der Bürger im Jahr 2004 auf 4,2 Prozent – der niedrigste Wert seit 1963, als die Sparquote erstmals ermittelt wurde.

Teuer bezahlter Konsumboom

Rückläufige Privatpersoneninsolvenzen verzeichnen lediglich Norwegen (minus 4,6 Prozent auf aktuell 1.540 Betroffene) und die Schweiz (minus 4,3 Prozent auf 5.469 insolvente Privatpersonen). Insgesamt liegt das Insolvenzaufkommen von Privatpersonen der sieben ermittelten Länder bei 180.000 Fällen und damit um 25,8 Prozent höher als noch vor einem Jahr und deutlich über dem Niveau der Unternehmensinsolvenzen der EU-17 Staaten mit rund 147.000 Insolvenzen.

■ 3 Insolvenzen in Deutschland

Nachdem die deutsche Wirtschaft im Jahr 2004 aufgrund der regen Exportnachfrage mit 1,6 Prozent deutlich stärker gewachsen war als im Jahr zuvor, verlief die Entwicklung in 2005 weniger günstig. Die deutsche Wirtschaft legte nur moderat um real 0,9 Prozent zu. Getragen wurde das mäßige Wachstum vor allem vom Außenhandel – die Binnennachfrage stieg nur in geringem Maße, teilte das Statistische Bundesamt (destatis) Mitte Januar 2006 mit.

In der zweiten Jahreshälfte war die Entwicklung allerdings von Optimismus geprägt. Der Geschäftsklimaindex der gewerblichen Wirtschaft steigt seit November laut den Konjunkturumfragen des Münchner ifo-Instituts deutlich an. Auch die von der EU-Kommission beauftragte Konsumentenumfrage ergab für Deutschland eine laufende Verbesserung seit Juli.

Unternehmensinsolvenzen nehmen ab ...

Tab. 4: Insolvenzen in Deutschland

■	2005	2004	Veränder. in %
Gesamt	136.300	118.260	+ 15,3
Unternehmen	37.900	39.270	- 3,5
Privatpersonen	98.400	78.990	+ 24,6

Auch die Zahl der Unternehmensinsolvenzen für das Jahr 2005 gibt Anlass zur Hoffnung: Bereits das zweite Jahr in Folge sind die Unternehmenskonkurse rückläufig: 37.900 Betriebe gingen im Jahr 2005 in die Insolvenz – das sind 3,5 Prozent oder 1.370 Unternehmen weniger als noch im Jahr zuvor. Insgesamt allerdings steigen die Insolvenzen auf ein All-time-high von

136.300 Fällen von Unternehmens- und Privatpleiten sowie überschuldeten Nachlässen an. 66.400 Verbraucher sind betroffen, was einem Anstieg von 35,2 Prozent im Jahresverlauf entspricht. Die Zuwächse bei den sonstigen Insolvenzen – also ehemals selbstständig Tätige, überschuldete Nachlässe sowie Vereine und Stiftungen – fallen dagegen mit 7,1 Prozent auf 32.000 Konkurse vergleichsweise moderat aus.

Anders als in den Jahren zuvor verzeichnet Westdeutschland im Jahr 2005 erstmals einen Rückgang der Unternehmensinsolvenzen. Um 4,6 Prozent auf 28.700 Fälle gingen die Konkurse von Betrieben zurück. Im Jahr zuvor waren es noch 30.080 betroffene Unternehmen. Dagegen steigen die Unternehmensinsolvenzen in Ostdeutschland – nach zwei Jahren des Rückgangs – nun wieder (leicht) um 0,1 Prozent an. Insgesamt 9.200 Betriebe aus den neuen Bundesländern meldeten ihren wirtschaftlichen Zusammenbruch den Gerichten, im Jahr 2004 waren es zehn weniger.

Der Schaden, der durch das Insolvenzaufkommen der Volkswirtschaft entstanden ist, belief sich für 2005 auf insgesamt 37,5 Mrd. Euro und liegt damit um 1,9 Mrd. tiefer als im Jahr zuvor. Ebenfalls rückläufig ist die Zahl der insolvenzbedingten Arbeitsplatzverluste: 563.000 Arbeitsplätze wurden durch die Insolvenz des Arbeitsgebers bedroht oder vernichtet, was einem Rückgang von 6,9 Prozent entspricht.

... Privatinsolvenzen rasant steigend

■ 4 Die Finanzierung

In der EU gibt es mehr als 20 Millionen kleine und mittlere Unternehmen (KMU), die als das Rückgrat der europäischen Unternehmenslandschaft bezeichnet werden können. Die Mittel, die Unternehmen für die Finanzierung von Investitionen und den laufenden Geschäftsbetrieb benötigen, können sie sich auf verschiedene Weise beschaffen: Die – für den Mittelstand – wichtigsten Fremdkapitalfinanzierungen sind Kredite in Form von Betriebs-, Kontokorrent- oder Lieferantenkrediten. Ein in Europa noch junges, hybrides Instrument der Unternehmensfinanzierung ist das Mezzanine-Kapital, das neben den Finanzierungsformen des Leasing und Factoring langsam zunehmend an Bedeu-

tung gewinnt, aber auch in Zukunft den Bankkredit als Finanzierungsquelle Nummer eins nicht wird ablösen können.

Die bislang in Europa (mit Ausnahme von Großbritannien) stark kreditlastige Finanzierung hat dazu geführt, dass sich alternative Außenfinanzierungen für mittelständische Unternehmen nur langsam entwickelten und die Eigenkapitaldecke – insbesondere in Deutschland – relativ dünn ist. Sie liegt bei deutschen KMU's mit durchschnittlich 7,5 Prozent und bei deutschen mittelständischen Kapitalgesellschaften mit 16 Prozent massiv unter der Quote im Euroraum (etwa 35 Prozent) und den USA (etwa 45 Prozent).

Hausbank europaweit

Tab. 5: Von KMU genutzte Finanzierungsinstitutionen

■	Angaben in Prozent
Banken	79,0
Leasingunternehmen	24,0
öffentliche Förderinstitutionen	11,0
private Investoren	7,0
private Finanzierungsunternehmen	4,0
Venture Capital Anbieter	2,0

Mehrfachnennungen möglich; Quelle: Europäische Kommission

Die Europäische Kommission untersuchte Im September 2005 den Zugang zu Finanzierungsquellen von KMU in der Europäischen Union, und befragte zu diesem Zweck gut 3.000 Unternehmer der Mitgliedsstaaten nach ihren Erfahrungen. Danach sind – wie erwartet – Banken mit 79 Prozent die Hauptfinanzierungsquelle kleiner und mittlerer Unternehmen. Allerdings gaben nur 52 Prozent der befragten finnischen Unternehmer an, eine Bank für ihre Finanzmittel zu benötigen. In Irland sind es hingegen 91 Prozent und in Österreich sogar 92 Prozent der Betriebe.

Nach den verschiedenen Finanzierungsarten befragt, offenbaren sich erstaunliche Ergebnisse: So gaben 71 Prozent der deutschen Unternehmen an, Leasing zu nutzen. In Österreich sind es 65 Prozent und in Schweden 63 Prozent. Dagegen spielt Leasing in Luxemburg (23 Prozent) und Finnland (27 Prozent) nur

eine untergeordnete Rolle. Der europäische Durchschnitt für die Inanspruchnahme von Leasingfinanzierung liegt bei 51 Prozent.

Kontokorrentkredite spielen vor allem in Dänemark und Irland eine große Rolle: 83 Prozent der dänischen und 81 Prozent der irischen Unternehmen nutzen den Kontokorrent zur kurzfristigen Finanzierung. Hingegen machen die Schweden (13 Prozent), die Griechen (15 Prozent) und die Finnen (17 Prozent) von dieser Finanzierungsmöglichkeit nur selten Gebrauch. Im gesamteuropäischen Durchschnitt werden Kontokorrentkredite von 50 Prozent der befragten Unternehmer genutzt.

Darlehen mit einer Laufzeit von mehr als drei Jahren nutzen 45 Prozent der befragten mittelständischen Unternehmer in der EU. Mehr, nämlich 58 Prozent, sind es in Frankreich und in Belgien (57 Prozent). In Großbritannien haben dagegen nur 28 Prozent Darlehensverpflichtungen.

Finanzierung über Leasing und Kontokorrent

Tab. 6: Zahlungsverhalten in Europa in Tagen

■	Zahlungsziele	Zahlungsverzug	Gesamt
Italien	67 (66)	22 (21)	89 (87)
Frankreich	47 (47)	11 (12)	58 (59)
Großbritannien	33 (32)	21 (22)	54 (54)
Belgien	35 (38)	15 (18)	50 (56)
Schweiz	25 (26)	18 (17)	43 (43)
Österreich	29 (29)	12 (14)	41 (43)
Niederlande	25 (26)	15 (16)	40 (42)
Deutschland	26 (26)	14 (16)	40 (42)
Schweden	28 (27)	9 (8)	37 (35)

() = 2004

Der Lieferantenkredit ist nach wie vor eine der wichtigsten kurzfristigen Finanzierungsquellen für KMU in Europa – und dabei eine der teuersten. Vielfach entstehen den europäischen Unternehmen durch mangelhaftes Zahlungsverhalten schwere Liquiditätsprobleme. Viel Zeit mit dem Bezahlen ihrer Rechnungen lassen sich insbesondere die Italiener. Im Durchschnitt

Lieferantenkredit als Finanzierungsalternative

erfolgt der Zahlungseingang erst nach knapp drei Monaten (89 Tage; Vorjahr: 87 Tage). Auch in Frankreich (58 Tage; Vorjahr: 59) und Großbritannien (54 Tage; Vorjahr: 54 Tage) lässt man sich mit der Forderungsbegleichung verhältnismäßig viel Zeit. Anders in Schweden, wo im Schnitt jede offene Rechnung innerhalb von 37 Tagen beglichen ist (Vorjahr: 35 Tage).

Deutschland steht mit einem durchschnittlichen Zahlungseingang nach 40 Tagen relativ gut da, jedoch zeigen sich große Unterschiede, blickt man auf die einzelnen Hauptwirtschaftsbereiche: So zahlen 2,9 Prozent der Kunden des Dienstleistungssektors erst nach mehr als 90 Tagen ihre Rechnung – im Bau sind es immerhin noch 2,4 Prozent, im Handel dagegen nur 1,7 Prozent.

Ziel der Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedsstaaten ist es, „die Europäische Union zum dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen“ (Eurostat). Zu diesem Zweck hat die EU spezielle Programme aufgelegt, die KMU die Teilnahme an von der EU unterstützten Forschungs- und Innovationsprojekten, aber auch die Unternehmensfinanzierung zu erleichtern. Das von der EU mit 450 Millionen Euro ausgestattete „Mehrjahresprogramm für Unternehmen und unternehmerische Initiative“, das insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen konzipiert wurde, hat folgende Ziele:

- Steigerung des Wachstums und der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen
- Förderung der unternehmerischen Initiative
- Vereinfachung und Verbesserung des Verwaltungs- und Regelungsumfelds der Unternehmen
- Verbesserung der finanziellen Rahmenbedingungen der Unternehmen, insbesondere für KMU

- Vereinfachung des Zugangs der Unternehmen zu den unterstützenden Dienstleistungen, den Gemeinschaftsprogrammen und -netzen und Verbesserung ihrer Koordinierung

So gewährt beispielsweise die Europäische Investitionsbank Global- und Einzeldarlehen. Globaldarlehen sind vor allem für Unternehmen mit weniger als 500 Beschäftigten und einem Umsatz von höchstens 75 Mio. Euro bestimmt und werden zwischengeschalteten Finanzinstituten in Form von Kreditlinien eingeräumt. Es werden Kredite bis zu 12,5 Mio. Euro vergeben, wobei höchstens 50 Prozent der Investitionskosten finanziert werden. Für Projekte von Unternehmen, deren Höhe 25 Mio. Euro übersteigt, kann die Europäische Investitionsbank direkt Einzeldarlehen gewähren. Bleibt zu hoffen, dass diese Kreditförderung zu mehr Stabilität unter den europäischen KMU beiträgt.

Öffentliche Darlehen

■ 5 Konjunktur und Insolvenzen

Im Gegensatz zur Wirtschaft in den USA war die Konjunktur im ersten Halbjahr 2005 im Euro-Raum äußerst verhalten. Im zweiten Quartal erhöhte sich das saisonbereinigte BIP real um 0,3 Prozent gegenüber dem Vorquartal (nach 0,4 Prozent im ersten Quartal). Der Index der Industrieproduktion zeigte erst im August eine verstärkte Dynamik. Im Herbst allerdings wiesen vor allem die Umfragen in Deutschland, Italien und Frankreich auf eine bevorstehende Erholung im Euro-Raum hin, teilte das WiFO Institut aus Wien in seinem November-Bericht mit. Der vermehrte Optimismus hinsichtlich der Produktionserwartungen in den letzten Monaten des abgelaufenen Jahres dürfte auf einer Zunahme der Auslandsnachfrage beruhen, da gleichzeitig die Einschätzung der Exportauftragslage anzog.

Die durchschnittliche Arbeitslosenquote in der EU lag zuletzt bei 8,5 Prozent. Deutschland verzeichnet mit 9,3 Prozent die vierthöchste Arbeitslosenquote nach Polen (17 Prozent), der Slowakei (16 Prozent) und Griechenland (10,1 Prozent).

Insolvenzen verschlingen Arbeitsplätze

Tab. 7: Insolvenzbedingte Arbeitslosigkeit in Europa

■	Arbeitsplatzverluste (in Millionen)
1999	1,4
2000	1,1
2001	1,4
2002	1,6
2003	1,7
2004	1,6
2005	1,5

Die Zahl der Beschäftigten, denen ein Jobverlust droht, weil ihr Arbeitgeber Insolvenz anmelden musste, sank – parallel zur Entwicklung der Unternehmensinsolvenzen - um 100.000 Beschäftigte auf 1,5 Millionen betroffene Arbeitnehmer ab. Dies untermauert die These von der vornehmlichen Betroffenheit mittelständischer Betriebe von Insolvenzen.

Tab. 8: Anteil der einzelnen Hauptwirtschaftsbereiche in Europa 2005 (Durchschnitt)

■	Insolvenzanteil
Verarbeitendes Gewerbe	9,5 (10,2)
Bau	19,8 (18,6)
Handel	31,6 (26,5)
Dienstleistungen	39,2 (44,7)

Angaben in Prozent, () = 2004

Der Dienstleistungssektor trägt traditionell den größten Anteil am Insolvenzgeschehen in Europa, auch wenn dieser im Jahresverlauf um 5,5 Prozentpunkte auf 39,2 Prozent abnahm. Zugenommen hat dagegen das Insolvenzaufkommen im Handel und im Bau: Beim einen um 5,1 Prozentpunkte auf 31,6 Prozent, beim anderen um 1,2 Prozentpunkte auf 19,8 Prozent. Das Verarbeitende Gewerbe hingegen profitiert weiter von der guten Konjunktur in diesem Segment und konnte seinen Anteil am Insolvenzgeschehen – wie auch schon im Vorjahr – verringern. Nur noch 9,5 Prozent aller Unternehmensinsolvenzen stellen Betriebe aus dem Verarbeitenden Gewerbe – 2004 waren es noch 10,2 Prozent.

***Bau und Handel vergrößern
Insolvenzanteil***

Tab. 9: Insolvenzen in den Hauptwirtschaftsbereichen 2005

■	Verarb. Gewerbe	Bau	Handel *	Dienst- leistung
Belgien	8,1 (7,9)	14,7 (13,9)	53,9 (33,7)	23,3 (44,6)
Dänemark	11,9 (8,6)	15,5 (11,1)	38,1 (42,6)	34,5 (37,7)
Deutschland	7,9 (8,3)	19,7 (20,2)	24,7 (23,8)	47,7 (47,7)
Frankreich	8,9 (10,7)	21,4 (23,8)	35,0 (25,2)	34,8 (40,3)
Großbritannien	17,3 (18,5)	24,0 (17,2)	22,1 (22,7)	36,6 (41,7)
Niederlande	11,5 (12,1)	13,3 (13,4)	29,5 (32,1)	45,7 (42,4)
Norwegen	10,1 (10,0)	11,0 (10,9)	47,4 (34,3)	31,5 (44,8)

*) inklusive Gastgewerbe, Angaben in Prozent, () = 2004

Bei einer genaueren Aufteilung der Branchenzugehörigkeit insolventer Betriebe in den einzelnen Ländern offenbaren sich teilweise große Unterschiede in der Struktur. Deutschland verzeichnet mit lediglich 7,9 Prozent (Vorjahr 8,3 Prozent) das geringste Aufkommen an Insolvenzen aus dem Verarbeitenden Gewerbe. In Großbritannien kommen dagegen 17,3 Prozent aller Insolvenzen aus diesem Wirtschaftsbereich, wenngleich sich auch hier der Anteil um 1,2 Prozentpunkte verringerte.

Den prozentual größten Anteil an Pleiten aus der Bau-branche stellt Großbritannien: Knapp jede vierte Insolvenz (24,0 Prozent; Vorjahr: 17,2 Prozent) kommt aus diesem Hauptwirtschaftsbereich, in Norwegen sind es lediglich 11,0 Prozent (Vorjahr: 10,9 Prozent).

Zu den Insolvenzen im Handel wurden die Bereiche Hotel, Restaurants und Cafés gezählt (Horeca). In Belgien ist mehr als jede zweite Insolvenz diesem Wirtschaftsbereich zuzuordnen, (53,9 Prozent; Vorjahr: 33,7 Prozent). In Großbritannien hingegen spielen Handelsinsolvenzen keine so große Rolle: Lediglich 22,1 Prozent der Konkurse werden vom Handel gestellt, binnen Jahresfrist entspricht das einem Rückgang um 0,6 Prozentpunkte.

In Deutschland gehört fast jeder zweite Unternehmenszusammenbruch der Dienstleistungsbranche an. 47,7 Prozent (Vorjahr: 47,7 Prozent). Anders dagegen

Unterschiede in der Branchenbetroffenheit

in Belgien: Nur 23,3 (Vorjahr: 44,6 Prozent) der Konkurse sind der Dienstleistungsbranche zuzuordnen.

■ 6 Länderberichte

6.1 Großbritannien

Die Arbeitslosenquote in Großbritannien lag Anfang 2005 auf historisch niedrigen 4,7 Prozent; die Inflationsrate beträgt 1,6 Prozent. Dennoch verlor Europas Konjunkturlokomotive Ende letzten Jahres an Schubkraft; Finanzminister Gordon Brown musste seine Wachstumserwartungen für das Jahr 2005 auf 1,75 Prozent praktisch halbieren. Das Wachstum bei den Briten lahmt vor allem aus so genannten zyklischen Gründen. Die zentrale Säule der Konjunktur ist – wie bereits ausgeführt – der private Verbrauch. Inzwischen haben aber viele Familien das Limit ihrer Kreditkarten erreicht und müssen ihr Geld besser zusammen halten. Auch der Boom bei den Immobilienpreisen ist Ende des Jahres zum Stillstand gekommen, weil sich viele die eigenen vier Wände einfach nicht mehr leisten können. Gewarnt wird vor dem Platzen der Immobilienblase.

Tab. 10: Insolvenzen in Großbritannien

■	2005	2004	Veränder. in %
Gesamt	74.900	60.918	+ 23,0
Unternehmen	10.344	12.813	- 19,3
Privatpersonen	64.556	48.105	+ 34,2

Der hohe private Verbrauch der Briten offenbart seine Kehrseite in den immensen Steigerungsraten der Verbraucherinsolvenzen: Um mehr als ein Drittel (34,2 Prozent) stieg die Zahl der überschuldeten Konsumenten an – und knapp 65.000 Personen meldeten ihren wirtschaftlichen Bankrott.

Anders hingegen die Unternehmen: 10.344 Unternehmenskonkurse entsprechen im Jahresverlauf einem Rückgang um 19,3 Prozent (Vorjahr: 12.813 Insolvenzen).

Höchster Zuwachs bei Unternehmensinsolvenzen

6.2 Italien

Die Unternehmensinsolvenzen in Italien stiegen im Verlauf des Jahres 2005 nur moderat um 2,8 Prozent – in 2004 betrug der Anstieg 2,3 Prozent.

Nachdem die Industrieproduktion in Italien 2004 um 0,4 Prozent zurückgegangen ist, wird 2005 zum vierten Mal in Folge ein Einbruch von rund einem halben Prozentpunkt erwartet. Das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes dürfte sich deshalb 2005 mit voraussichtlich 0,3 Prozent nur noch nahe der Nulllinie bewegen. Herausragende Schwachstellen der Wirtschaft in Italien sind der Reformstau, der stagnierende Konsum und nur zaghafte steigende Investitionen. Hinzu kommt die landesspezifische Industriestruktur mit Schwerpunkt in der Konsumgüterproduktion, die das Land besonders anfällig im internationalen Wettbewerb mit den asiatischen Anbietern macht (so der Konjunkturbericht der Bayerischen Landesbank).

Tab. 11: Unternehmensinsolvenzen in Italien

■	2005	2004	Veränder. in %
	11.000	10.700	+ 2,8

Seit der Einführung des Euro bekommt das Land seine strukturellen Probleme stärker zu spüren als zuvor. In der Nachkriegszeit half sich Italien mit Inflation und Abwertung der Lira immer wieder aus der internationalen Wettbewerbsklemme. Gleichzeitig häufte die Öffentliche Hand einen enormen Schuldenberg an. Diese Politik musste mit dem Eintritt in die Eurozone aufgegeben werden. So führte die relative Teuerung in den vergangenen Jahren dazu, dass das Niveau der Konsumgüterpreise in Italien inzwischen das anderer großer EU-Länder übersteigt, während gleichzeitig die Durchschnittseinkommen unter denen der beiden anderen großen EU-Staaten Deutschland und Frankreich liegen.

6.3 Spanien

Die spanische Wirtschaft wächst mit 2,7 Prozent weiterhin über dem EU-Durchschnitt. Hauptmotoren des Wachstums sind der private Konsum und die Bauwirtschaft - angetrieben durch steigende Löhne, niedrige Realzinssätze und massive öffentliche Investitionen in die Infrastruktur des Landes. Der Beitrag der Außenwirtschaft zum BIP ist dagegen negativ, da die spanischen Exporte weit hinter den Importen zurückbleiben.

Die Inflationsrate lag 2004 bei 3,1 Prozent. Trotz beachtlicher Beschäftigungserfolge hat Spanien mit knapp 11 Prozent eine der höchsten Arbeitslosenquoten in der EU. Mit einem Gesamtvolumen von 57,3 Mrd. Euro an Strukturbeihilfen (2000-2006) ist das Land größter Nettoempfänger der EU. Das Durchschnittseinkommen erreicht mittlerweile 86 Prozent des Mittelwerts der EU-15-Staaten (ohne die 2004 neu hinzugekommenen Mitglieder).

Reform des Insolvenzrechts muss sich durchsetzen

Tab. 12: Unternehmensinsolvenzen in Spanien

■	2005	2004	Veränder. in %
	549	561	- 2,1

Die Insolvenzzahlen für Spanien sind nicht repräsentativ, was an den bereits dargestellten kulturellen und gesetzlichen Besonderheiten liegt. Es bleibt zu hoffen, dass sich mit der Reformierung des Insolvenzrechts auch in Spanien der geregelte Marktaustritt etablieren wird.

6.4 Frankreich

Frankreich verzeichnet mit über 42.000 Insolvenzen das höchste Aufkommen der EU-17 Länder, obwohl die Steigerungsrate mit 5,1 Prozent noch moderat ausfiel. Prominentestes Opfer der Insolvenzflut in 2005 war der Luxus-Schuhhersteller Charles Jourdan.

In Frankreich bestehen umfassende Kontrollmechanismen, sobald ein Unternehmen in eine finanzielle Schieflage gerät. Vielleicht führen diese Informations-

Frühzeitig ins Insolvenzverfahren

pflichten zu einem erhöhten Insolvenzaufkommen, weil es Unternehmern nur schwer möglich ist, eine Krise zu verheimlichen und bis zur letzten Minute mit der Stellung eines Insolvenzantrages abzuwarten.

Hinzu kommt, dass die französische Insolvenzordnung – anders als die deutsche – prinzipiell die Aufrechterhaltung des Unternehmens und die Erhaltung der Arbeitsplätze zum Ziel hat. Die bestmögliche Gläubigerbefriedigung hat keine übergeordnete Priorität.

Tab. 13: Unternehmensinsolvenzen in Frankreich

■	2005	2004	Veränder. in %
	42.874	40.776	+ 5,1

Die französische Volkswirtschaft hat 2004 aufgrund des privaten Konsums eine erfreulich dynamische Entwicklung erfahren, die lediglich im dritten Quartal durch die gestiegenen Weltmarktpreise bei Erdöl aber auch Stahl und den schwachen Dollar einen leichten Einbruch erfuhr. Für 2005 wird von einer Wachstumsprognose in Höhe von ca. 2,2 Prozent ausgegangen. Die Inflationsrate lag im Jahre 2004 mit 2,1 Prozent leicht über der des Euro-Raums, was wegen der substantiellen Erhöhung der Tabaksteuer ein Einmaleffekt war. 2005 wird mit einer Inflationsrate von 1,6 Prozent gerechnet.

Die deutliche Erholung der konjunkturellen Lage, mit deren Fortsetzung auch 2005 gerechnet wird, ist auf einen spürbaren Anstieg vor allem der privaten Binnennachfrage zurückzuführen. Weitere Konjunkturimpulse gehen von der Investitionstätigkeit der Unternehmen aus, die vor allem wieder produktivitätssteigernde Ersatzinvestitionen vornehmen, während der Export einen geringen Beitrag zum Wachstum leistete.

■ 7 EU-Osterweiterung: Neue Mitgliedsländer

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in den neuen Mitgliedsländern der Europäischen Union ist mit 1,2 Prozent leicht rückläufig und beträgt zum Jahresende 2005 18.293 Fälle (Vorjahr: 18.518). Den größten

Rückgang bei den Konkursen verzeichnen die Länder Lettland (minus 34,5 Prozent auf 521 betroffene Unternehmen) und Polen (minus 30,4 Prozent auf 798 betroffene Firmen). Zugenommen haben hingegen die Pleiten in Litauen (um 8,3 Prozent auf 767 betroffene Unternehmen und Slowenien (um 7,0 Prozent auf insgesamt 1.800 Insolvenzen).

Tab. 14: Unternehmensinsolvenzen in Osteuropa (2003 – 2005)

■	2005	2004	2003	Veränderung 2004/05 in Prozent
Estland	450	436	445	+ 3,2
Lettland	521	796	1.339	- 34,5
Litauen	767	708	611	+ 8,3
Polen	798	1.147	1.076	- 30,4
Slowakei	2.200	2.300	2.500	- 4,3
Slowenien	1.800	1.684	1.555	+ 7,0
Tschechien	3.800	3.643	3.918	+ 4,3
Ungarn	7.957	7.804	7.693	+ 2,0
Gesamt	18.293	18.518	19.137	- 1,2

Die Daten der Unternehmensinsolvenzen in den neuen Mitgliedsländern der EU sowie ihre Steigerungsraten sind vom Aussagegehalt noch nicht mit denen in Westeuropa zu vergleichen. Zwar verfügen mittlerweile alle Staaten über Vorschriften, die den Marktaustritt illiquider Gesellschaften regeln sollen, doch mangelnde Erfahrung und das Fehlen von Durchsetzungsinstrumenten, aber auch Korruption, fehlende finanzielle Mittel und unzureichende Kontrollen hindern den reibungslosen Ablauf und die Erfassung von Insolvenzverfahren.

Deutlich zu sehen ist dies an der Entwicklung und dem Aufkommen der Unternehmensinsolvenzen in Polen. Die Insolvenzquote liegt bei zwei Konkursen pro 10.000 Unternehmen. Die wirtschaftliche Lage in Polen ist noch immer durch den politischen Wandel in Osteuropa und die Folgen des EU-Beitritts geprägt. Zum einen wuchs das BIP in den letzten Jahren sehr kräftig – mit einem Wachstum von 5,3 Prozent in 2004 und von der EU-Kommission geschätzten 4,4 Prozent für 2005 liegt das Plus weit über dem deutschen Wirt-

***Eher Liquidation als
Insolvenz***

schaftswachstum. Ursächlich dafür sind vor allem die gestiegenen Exporte durch den verbesserten Zugang zu den europäischen Absatzmärkten seit dem EU-Beitritt, aber auch die vermehrten Direktinvestitionen aus dem Ausland. Auf der anderen Seite stehen eine hohe Inflationsrate von 3,6 Prozent, eine hohe Defizitquote der öffentlichen Haushalte (4,8 Prozent) und eine extrem hohe Arbeitslosigkeit von 18,8 Prozent. Die Strukturprobleme in Polen, die diesen großen Gegensatz mit verursachen, sind vor allem der noch relativ hohe Anteil von Beschäftigten in der Landwirtschaft sowie das ungleiche Entwicklungsniveau zwischen städtischen Zentren und ländlichen Regionen. Zudem hat Polen mit einem Geburtendefizit gekoppelt mit einer hohen Bevölkerungsabwanderung zu kämpfen.

Tab. 15: Insolvenzquoten in den einzelnen osteuropäischen Ländern

■	Insolvenzen je 10.000 Unternehmen
Polen	2
Tschechien	42
Ungarn	62
Slowakei	79
Lettland	103
Litauen	120
Estland	133
Slowenien	196
Gesamt	38

Die Insolvenzquote der Beitrittsländer liegt mit 38 Insolvenzen pro 10.000 Unternehmen deutlich niedriger als die der westeuropäischen Länder, was maßgeblich durch das geringe Insolvenzaufkommen in Polen verursacht wird. Die höchste relative Insolvenzdichte weist mit 196 Insolvenzen pro 10.000 Betriebe Slowenien auf. Die Rechtssicherheit ist im Vergleich zu den anderen MOE-Staaten sehr hoch und der Gläubigerschutz relativ gut. Die Wirtschaft der Republik Slowenien ist marktwirtschaftlich organisiert, allerdings ist der Anteil des Staates an der Wirtschaft höher als in den anderen Transformationsstaaten. Sloweniens Wirtschaftspolitik ist geprägt von ihrer starken Exportorientierung. Das Bruttosozialprodukt (BSP) pro Kopf erreicht inzwi-

Hohes Wachstum schafft starkes Insolvenzaufkommen?

schen das der EU-Mitgliedsstaaten Portugal und Griechenland.

Die Arbeitslosenquote erreichte 2004 im Jahresdurchschnitt 6,4 Prozent. Zu verzeichnen sind allerdings große regionale Unterschiede und eine Konzentration auf ungelernete und ältere Arbeitnehmer. Die Inflationsrate befindet sich mit 3,6 Prozent weiterhin auf einem hohen Niveau. Ihre weitere Reduzierung hat für die slowenische Regierung Priorität. Erklärtes Ziel ist es, 2007 den Euro einzuführen.

Einer besonderen Erwähnung bedarf die Slowakei: Das kleine Land mauserte sich vom EU-Nachzügler zum Schrittmacher und erstaunte mit seinen radikalen Reformen ganz Europa: Ein Steuersatz von 19 Prozent für alle bei gleichzeitiger Abschaffung sämtlicher Subventionen und Abschreibungsmöglichkeiten – das alles durchgesetzt von einer Minderheitenregierung, die zudem immer wieder von Affären geschüttelt wird. Parallel dazu wurde die Erbschafts-, Schenkungs- und Grunderwerbssteuer abgeschafft, um Unternehmer zu Investitionen zu bewegen. Das Wirtschaftswachstum in der Slowakei liegt bei fünf Prozent, die Arbeitslosigkeit sank im Juli auf 15,2 Prozent gegenüber 18,1 Prozent im Jahr zuvor. Die Zahl der Insolvenzen ist das dritte Jahr in Folge rückläufig: Insgesamt meldeten im vergangenen Jahr 2.200 Betriebe ihren Konkurs den Gerichten, was einem Rückgang von 4,3 Prozent entspricht.

Bemängelt wird allerdings, dass die umfassenden Reformen in der Slowakei vor allem zu Lasten der Schwächsten gehen – und die Regierung die Kluft zwischen den beiden Landesteilen (Armut im Osten, Reichtum im Westen) weiter vertiefe.

■ 8 Insolvenzen in Japan und den USA

8.1 Japan

Seit mittlerweile 15 Jahren befindet sich die japanische Wirtschaft in einer deflationären Spirale. Mittlerweile mehren sich die Zeichen für eine Wende. Nach Angaben der Zentralbank haben die Geschäftsbanken im

Erfolgsgeschichte Slowakei

August 2005 erstmals seit Jahren mehr Kredite ausgereicht als zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Die Inlandsnachfrage hat sich zu einer treibenden Kraft der Wirtschaftserholung in Japan entwickelt. Während Unternehmen wie der Autokonzern Toyota ihre Gewinne in neue Fabriken investieren und höhere Gehälter zahlen, geben die Verbraucher wieder mehr Geld aus.

So stiegen die privaten Konsumausgaben, die mehr als die Hälfte der Wirtschaftsleistung in Japan ausmachen, nach Angaben der Süddeutschen Zeitung im dritten Quartal 2005 um 0,3 Prozent. Zugleich erhöhten sich die Firmeninvestitionen, die zu rund 15 Prozent zur Wirtschaftsleistung beitragen, um real 0,7 Prozent.

In dieses Gefüge passen auch die japanischen Insolvenzzahlen, die mit minus 28,1 Prozent eine deutlich abnehmende Tendenz zeigen. Insgesamt 9.942 Unternehmensinsolvenzen sind zu beklagen – im Jahr 2004 waren es noch 13.837.

Tab. 16: Unternehmensinsolvenzen in Japan

■	2005	2004	Veränder. in %
	9.942	13.837	- 28,1

Die japanische Zentralbank hatte erklärt, das Wirtschaftswachstum werde helfen, den Preisverfall zum Ende März 2006 zu beenden. Dies würde der Bank von Japan erlauben, mit einer Änderung ihres bisher auf Deflationsbekämpfung ausgelegten geldpolitischen Kurses zu beginnen, indem sie nicht mehr so viel Geld wie bisher in die Wirtschaft pumpt. Ein Unsicherheitsfaktor bleiben die Ölpreise. Doch erwartet die Regierung, dass sich Japans Wirtschaft angezogen vom Privatsektor weiter erholt.

Japan erholt sich

8.2 USA

Die USA gelten gemeinhin als Vorbild, als eine Nation, die mit wenigen Staatseingriffen eine Wirtschaftsdy-

namik erzeugen kann, die beispiellos ist. Belegt wird dies durch eine Arbeitslosenquote von fünf Prozent und ein Wirtschaftswachstum von mehr als drei Prozent pro Jahr.

Die Kehrseite der Medaille sind allerdings über 1,8 Millionen Amerikaner, die im vergangenen Jahr ihren wirtschaftlichen Bankrott anmeldeten, was einem Anstieg von 18,4 Prozent entspricht. Stagnierende Löhne machen es immer schwieriger, die Kosten für Kindererziehung, Gesundheitsversorgung und Altersvorsorge sowie den täglichen Konsum zu bestreiten. Nach US-Presseberichten hat sich die Gesamtverschuldung der Kreditkarteninhaber in den USA innerhalb von zehn Jahren auf 838 Milliarden Dollar nahezu verdoppelt. Nach Meinung von Kritikern vergeben Banken viel zu leichtfertig Kreditkarten an Kunden, die dann in die Verschuldung getrieben werden. Rund 60 Prozent der Kreditkarteninhaber haben auf ihrem Konto ein Minus, das sich zum Teil über Monate oder Jahre hinweg angesammelt hat. In diesen Fällen kassieren die Kreditkartenfirmen Zinsen in Höhe von bis zu 22 Prozent.

Auf Unternehmensseite verdeutlichen die jüngsten Pleiten von Delta Airlines und Northwest Airlines und nicht zuletzt die Delphi Insolvenz, wie es um die amerikanische Flugzeug- und Autoindustrie steht. Unübersehbar sind die Probleme bei General Motors und Ford – mit weit reichenden Folgen für das gesamte Land. „Jetzt rächt sich, dass die großen Industriekonzerne ihren gut organisierten Mitarbeitern seit den siebziger Jahren soziale Wohltaten zustehen, die sie sich nicht leisten können“ reklamiert die Süddeutsche Zeitung in ihrer Ausgabe vom 19. Oktober 2005. Manches Unternehmen geht in die Insolvenz, um die Gesundheits- und Rentenkosten auf den Staat abwälzen zu können

Große Insolvenzen zu befürchten

Am 17. Oktober traten weit reichende Änderungen des US-Insolvenzrechts in Kraft. Sie machen es Unternehmen und Einzelpersonen erheblich schwerer, Schulden loszuwerden. Sie zwingen die Gesellschaften auch, rascher durch Restrukturierungen aus dem Insolvenzverfahren herauszukommen oder diese zu liquidieren. Angesichts der neuen Rechtslage werden

US-Unternehmen künftig zögern, den Gang zum Insolvenzrichter als Managementinstrument zu missbrauchen.

Die leichte Zunahme der Unternehmensinsolvenzen in den USA (plus 2,1 Prozent auf rund 35.000 betroffene Unternehmen) kann mit der im Oktober eingetretenen Rechtsverschärfung erklärt werden – kurz vor In-Kraft-Treten der Regelung nutzten vermehrt angeschlagene Unternehmen die noch geltenden großzügigen Reorganisationsmöglichkeiten nach Chapter 11 des amerikanischen Insolvenzrechts.

Tab. 17: Insolvenzen in den USA

■	2005	2004	Veränder. in %
Gesamt	1.885.872	1.597.462	+ 18,1
Unternehmen	35.033	34.317	+ 2,1
Privatpersonen	1.850.839	1.563.145	+ 18,4

Für Verbraucher soll künftig nicht mehr Kapitel 7 des amerikanischen Insolvenzrechts gelten, nach dem ein umfassender Schuldenerlass gewährt wird, wenn die betroffene Person einen Großteil ihres Vermögens den Gläubigern überlässt – die Regelung nach Chapter 7 ist so großzügig, dass der Schuldner seine Insolvenz noch nicht einmal stichhaltig nachweisen muss. Angewendet werden nunmehr die Vorschriften des Chapter 13. Danach ist eine Entschuldung nur möglich, wenn sich der Schuldner zu umfangreichen Rückzahlungen verpflichtet. Außerdem werden die Fälle schärfer geprüft.

■ 9 Zusammenfassung

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in der Europäischen Union plus Schweiz und Norwegen verzeichnet erstmals seit vier Jahren eine rückläufige Entwicklung um zwei Prozent auf insgesamt 147.239 betroffene Betriebe. Im Jahr zuvor waren noch knapp über 150.000 (150.312) Insolvenzen zu beklagen.

Sechs der betrachteten 17 westeuropäischen Länder weisen nach wie vor einen Anstieg der Insolvenzen

auf. Am stärksten nahmen die Unternehmenskonkurse in Österreich zu. Um 15,3 Prozent auf insgesamt 7.299 Fälle stieg das Insolvenzaufkommen in der Alpenrepublik. Betroffen davon sind rund 25.000 Arbeitnehmer.

Insolvenzzuwächse im zweistelligen Bereich meldet auch Griechenland: Um 10,9 Prozent auf insgesamt 640 Fälle stieg das Konkursaufkommen im Jahresverlauf. Steigende Unternehmensinsolvenzen verzeichnen weiter die Länder Portugal (plus 5,7 Prozent auf insgesamt 3.300 Konkurse), Frankreich (plus 5,1 Prozent auf 42.874 Konkurse) sowie Italien (plus 2,8 Prozent auf 11.000 Konkurse) und Luxemburg (plus 0,5 Prozent auf 668 Konkurse).

Den deutlichsten Rückgang meldet Irland: Die grüne Insel konnte ihr Insolvenzaufkommen um 21,5 Prozent auf aktuell 252 Fälle reduzieren – das sind nur knapp mehr als die Stadt Mülheim an der Ruhr aufzuweisen hat (240 Insolvenzen in 2005). Auf Platz zwei und drei der Länder mit den höchsten Rückgängen liegen Großbritannien (minus 19,3 Prozent auf 10.344 Insolvenzen) und Norwegen minus (14,5 Prozent auf 2.293 Insolvenzen).

Das größte Aufkommen an Unternehmensinsolvenzen absolut betrachtet weist – bereits das zweite Jahr in Folge – Frankreich auf: 42.874 Konkurse wurden im Jahr 2005 gezählt, was einer Zunahme von 5,1 Prozent entspricht.

Die größte relative Insolvenzbetroffenheit (die man erhält, setzt man die Zahl der Insolvenzen in Bezug zur Zahl der existierenden Betriebe eines Landes) weist ebenfalls Österreich auf: Im Jahr 2005 mussten 288 von 10.000 Unternehmen den Gang zum Konkursrichter antreten. Im gesamteuropäischen Schnitt sind es 77 pro zehntausend Unternehmen. Deutschland liegt mit 130 Insolvenzen pro 10.000 Unternehmen im unteren Mittelfeld.

Die Zahl der Privatinsolvenzen, die für die Länder Deutschland, Großbritannien, Niederlande, Norwegen, Österreich, die Schweiz und Schweden erhoben wur-

de, stieg im Jahresverlauf kräftig um 25,8 Prozent auf 180.000 betroffene Personen an (Vorjahr: 143.067). Zuwächse verzeichnen insbesondere die Länder Großbritannien (um 34,2 Prozent auf 64.556 Anträge, die Niederlande (um 26,8 Prozent auf 3.311 Anträge) und Deutschland (um 24,6 Prozent auf 98.400 Anträge). Eine rückläufige Insolvenzentwicklung bei den Privatpersonen zeigen lediglich die Länder Norwegen (minus 4,6 Prozent auf 1.540 Anträge) und die Schweiz (minus 4,3 Prozent auf 5.469 Anträge).

In Deutschland sind die Unternehmensinsolvenzen bereits das zweite Jahr in Folge zurückgegangen: 37.900 Betriebe mussten im Jahr 2005 Insolvenz anmelden – das sind 3,5 Prozent oder 1.370 Unternehmen weniger als noch im Jahr zuvor. Insgesamt allerdings steigen die Insolvenzen auf ein All-time-high von 136.300 Fällen von Unternehmens- und Privatpleiten sowie überschuldeter Nachlässe an. 66.400 Verbraucher sind betroffen, was einem Anstieg von 35,2 Prozent im Jahresverlauf entspricht. Die Zuwächse bei den sonstigen Insolvenzen – also ehemals selbstständig Tätige, überschuldete Nachlässe sowie Vereine und Stiftungen – fallen dagegen mit 7,1 Prozent auf 32.000 Konkurse vergleichsweise moderat aus.

Die Zahl der Beschäftigten in den EU-17 Staaten, denen ein Jobverlust droht, weil ihr Arbeitgeber Insolvenz anmelden musste, sank – parallel zur Entwicklung der Unternehmenskonkurse – um 100.000 Beschäftigte auf 1,5 Millionen betroffene Arbeitnehmer ab. Den größten Anteil am Insolvenzgeschehen trägt der Dienstleistungssektor: 39,2 Prozent aller Insolvenzen in Europa kommen aus diesem Hauptwirtschaftsbereich (Vorjahr: 44,7 Prozent). Jedes fünfte insolvente Unternehmen kommt aus der Baubranche (2005: 19,8 Prozent; 2004: 18,6 Prozent), und auf den Handel entfallen 31,6 Prozent (Vorjahr: 26,5 Prozent). Das Verarbeitende Gewerbe spielt dagegen nur eine untergeordnete Rolle, wenn es um Insolvenzen geht: Nur jeder zehnte Unternehmenskonkurs (9,5 Prozent; Vorjahr: 10,2 Prozent) gehört dieser Branche an.

Die Unternehmenskonkurse in den neuen Mitgliedsländern der EU werden bereits zum dritten Mal in Folge publiziert. Zu beachten ist jedoch, dass der Aussagegehalt der genannten Zahlen noch nicht mit denen in Westeuropa verglichen werden kann. Insgesamt ist die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in den neuen osteuropäischen Mitgliedsländern der Europäischen Union leicht um 1,2 Prozent rückläufig und beträgt zum Jahresende 2005 18.293 Fälle (Vorjahr: 18.518). Den größten Rückgang bei den Konkursen verzeichnen die Länder Lettland (minus 34,5 Prozent auf 521 betroffene Unternehmen) und Polen (minus 30,4 Prozent auf 798 betroffene Firmen). Zugenommen haben hingegen die Pleiten in Litauen (um 8,3 Prozent auf 767 betroffene Unternehmen und Slowenien (um 7,0 Prozent auf insgesamt 1.800 Insolvenzen).

Die Insolvenzen in Japan weisen mit minus 28,1 Prozent deutlich rückläufige Tendenzen auf – knapp 10.000 Unternehmen (9.942) traten im vergangenen Jahr den Gang zum Insolvenzgericht an – 2004 waren es noch 13.837. In den USA verzeichnen sowohl die Unternehmens- als auch die Privatpersoneninsolvenzen Zuwächse: 35.033 insolvente Betriebe entsprechen einem Anstieg um 2,1 Prozent. Ungleich stärker legten die Insolvenzen von Privatpersonen zu: 1.885.872 Fälle von privatem Bankrott entsprechen einem Anstieg von 18,1 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Neuss, 07. Februar 2006

Verantwortlich für den Inhalt:

Creditreform Wirtschafts- und Konjunkturforschung

Leitung: Michael Bretz, Telefon: (02131) 109-171

Hellersbergstr. 12, D - 41460 Neuss

Alle Rechte vorbehalten

© 2006, Verband der Vereine Creditreform e.V.,
Hellersbergstr. 12, 41460 Neuss

*Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verbandes der
Vereine Creditreform e.V. ist es nicht gestattet, diese
Untersuchung/Auswertung oder Teile davon in irgend-
einer Weise zu vervielfältigen oder zu verbreiten.
Lizenzangaben sind nach Vereinbarung möglich.
Ausgenommen ist die journalistische und wissen-
schaftliche Verbreitung.*

Verzeichnis der Informationsquellen

Statistische Landesämter

Belgien:	Institut National des Statistique, Brüssel
Dänemark:	Danmarks Statistik, Kopenhagen
Deutschland:	Statistisches Bundesamt, Wiesbaden
Finnland:	Statistics Finland
Frankreich:	INSEE, Institut National de la Statistique et des Etudes Economiques
Großbritannien:	Office for National Statistics, London
Irland:	Central Statistical Office
Italien:	ISTAT, Istituto Nazionale di Statistica, Roma
Luxemburg:	STATEC, Service Central de la Statistique et des Etudes Economiques
Niederlande:	Statistics Netherlands
Norwegen:	Statistics Norway
Österreich:	Österreichisches Statistisches Zentralamt
Portugal:	Instituto Nacional de Estatistica
Schweden:	Statistics Sweden
Schweiz:	Statistik Schweiz
Spanien:	Instituto Nacional de Estadistica

Deutsche Auslandshandelskammern

Deutsch-Belgisch-Luxemburgische Handelskammer, Brüssel
Deutsch-Finnische Handelskammer, Helsinki
Deutsch-Griechische Industrie- und Handelskammer, Athen
Deutsch-Schwedische Handelskammer, Stockholm
Deutsche Handelskammer für Spanien, Madrid
Deutsch-Amerikanische Handelskammer, New York
Deutsche Industrie- und Handelskammer, Japan

Wirtschaftsinformationsunternehmen

atradius, Protecting your credit sales, div. Ausgaben
Centro Studi Confindustria, Rom
Creditinform, Oslo
Creditreform Österreich, Wien
Creditreform Schweiz, St. Gallen
EuroCommerce, Brüssel
FEBIS Federation of Business Information Services, Amsterdam
FINSKA Suomen Asiakastieto Oy, Helsinki
Gerling Namur, Namur
Graydon Belgium N.V., Antwerpen
Graydon NL, Amsterdam

Graydon UK
ICAP, Griechenland
Intrum Justitia BV, Amsterdam
Experian Ireland Ltd., Dublin
Købmandstanden, Kopenhagen
KSV Kreditschutzverband von 1870, Wien
Marsh, München
Moody's, Frankfurt/Main
OR Telematique, Paris
SCRL Observatoire des Entreprises
Society of Practitioners of Insolvency
Standard and Poor's, Frankfurt/Main
UC AB, Stockholm

Wirtschaftsinformationsstellen

Auswärtiges Amt, Länderberichte
Banco Bilbao v. Vizcaya, Spain
Banque Nationale de Belgique NBB, Bruxelles
BDI, Bundesverband der deutschen Industrie, Köln
BfAi Bundesstelle für Außenhandelsinformationen, Köln
BGA, Bundesverband des deutschen Groß- und Außenhandels, Berlin
BHF-Bank
Bronnoysundregistrene, Bronnoysund, Norwegen
Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg
Bundesministerium für Finanzen
Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit
Centre d'Observation (COE), Paris
Chambre de Commerce, Luxembourg
Department of Trade and Industry, London
DIHK, Deutscher Industrie- und Handelskammertag, Berlin
DIW Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
EWIS, Top-Infos für die Wirtschaft, div. Länder, Koblenz
Institut der deutschen Wirtschaft e. V., Köln
Konjunkturforschungsstelle Eidgenössische Technische Hochschule Zürich, Zürich
Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt/Main
Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), Paris
The Insolvency Service, London
The World Bank Group, Paris
US-Department of Commerce, Economics and Statistics Administration, Washington D.C.
WIFO, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Wien

Publikationen

Auswärtiges Amt, diverse Länderberichte
Bayerische Landesbank, diverse Länderberichte
Creditreform-Analysen
Deutsche Bundesbank; „Monatsberichte“, Frankfurt, 2004
„Die private Überschuldung im internationalen Vergleich – Trends, Probleme, Lösungsansätze“, Prof. Dr. Udo Reifner, Helga Springeneer
Diverse Zeitungs- und Zeitschriftenartikel
DTI, Departement of Trade and Industry UK
Grant Thornton International; European Business Survey, London
ifo - Wirtschaftskonjunktur
Institut der deutschen Wirtschaft; „iwd“, Köln, div. Ausgaben, 2004
U. Jahn, A. Sahm (Hrsg.): „Insolvenzen in Europa“, 4. Aufl., Economica-Verlag, Bonn, 2004

Veröffentlichungen der EU

BACH-Datenbank
DEBA, Data for European Business Analysis, Luxemburg
European Network SME Research
KMU und Zugang zur Finanzierung, Beobachtungsnetz der europäischen KMU, 2003
Panorama europäischer Unternehmen
SME Access to finance, Flash Eurobarometer, Sept. 2005
Unternehmen in Europa, Eurostat

Creditreform-Geschäftsstellen in Osteuropa

Creditreform Eesti OÜ, Estland
Creditreform Latvija SIA, Lettland
Creditreform Lietuva UAB, Litauen
Creditreform Polska Sp. z o.o., Polen
Creditreform k.s., Slowakei
Creditreform d.o.o., Slowenien
Creditreform s.r.o., Tschechien
Creditreform-Interinfo Kft., Ungarn